

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Polnischer Mai 1988  
**Autor:** Gorski, Bohdan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094209>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Polnischer Mai 1988

**In Polen sind die Streiks auf unterschiedliche Weise zu Ende gegangen, aber die Welle hat ein aktivistisches Oppositionspotential an den Tag gebracht, das über den Solidarnosc-Rahmen hinausgeht, so dass die politische Landschaft konfliktträchtiger ist als zuvor.**

Im Auseinanderklaffen der Opposition liegt allerdings kein Trost für das Regime, das sich nur mit polizeilichen Mitteln und mit Notstandsmaßnahmen zu helfen weiss. Seit Jahren spricht es über sein «Reformprogramm», aber die konkreten Taten und Projekte weisen in die entgegengesetzte Richtung.

## Sondergesetz

Am 6. Mai wurde der Entwurf zu einem Sondergesetz über Regierungsvollmachten vorgelegt. Er sieht das Verbot von Protestaktionen vor (die eigentlich ohnehin verboten sind). Wörtlich heisst es: «Wer irgendwelche Streiks oder andere Formen von Protest organisiert oder einleitet, wird mit Freiheitsentzug von einem Jahr bestraft.»

Das Gesetz treibt nur weiter in Richtung Zentralisierung und Bürokratisierung, also in Gegenrichtung zum angeblichen Reformwerk. Es gibt der Regierung die Möglichkeit zur direkten und fast uneingeschränkten Intervention in alle Wirtschaftssparten. So kann sie zum Beispiel einen Lohn- und Preisstopp verhängen, neue Steuern einführen, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe schliessen, Arbeiter, Angestellte und Direktoren entlassen, direkt in die Betriebsführung eingreifen und Betriebsanordnungen erlassen.

Wieviel davon in den definitiven Gesetzestext aufgenommen wird, stand zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch nicht fest; der Rückgriff auf Notstandsgesetzgebung wird zumindest versucht.

und verlieh der Aktion das moralische Gewicht der Solidarnosc.

Die Behörden verstanden den Symbolwert dieser Vereinigung als Machtfaktor sehr wohl und reagierten deshalb mit der Doppelstrategie vom materiellen Ja und vom politischen Nein auf die Arbeiterforderungen.

Auf die Lohnbegehren ging man durchaus grosszügig ein. Angesichts der galoppierenden Inflation spielt es gar keine so grosse Rolle, wieviel Geldscheine man in einem gegebenen Moment zusätzlich ausgibt.

Das Begehren nach Zulassung der freien Gewerkschaften hingegen wurde rundweg abgelehnt; so etwas komme nicht einmal als Diskussionsobjekt in Frage.

Härte demonstrierte man auch strassenkundig. Die Werft wurde von starken Sicherheitskräften umstellt, die weder eine Versorgung der Streikenden zulassen, noch der Presse oder dem Fernsehen einen Zugang ermöglichen.

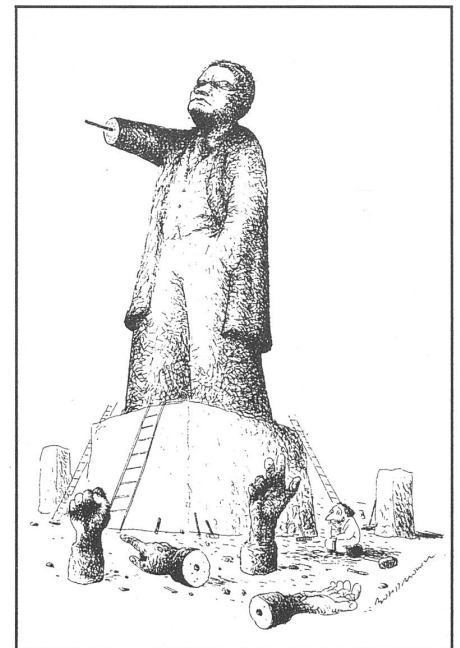
Die Verhandlungen wurden mehrmals als gescheitert erklärt. Über Lautsprecher wurden Erstürmungsdrohungen ausgesprochen und handkehrum neue Gespräche angeboten, ein Wechselbad nach allen Regeln des psychologischen Krieges. Als Verhandlungspartner empfahl sich telephonisch auch der Innenminister Czeslaw Kiszczak, der mit Drohungen zurückhielt und dafür einen beträchtlichen finanziellen Köder auswarf. Gleichzeitig schleuste man Agenten

## Die Streiks beenden. . .

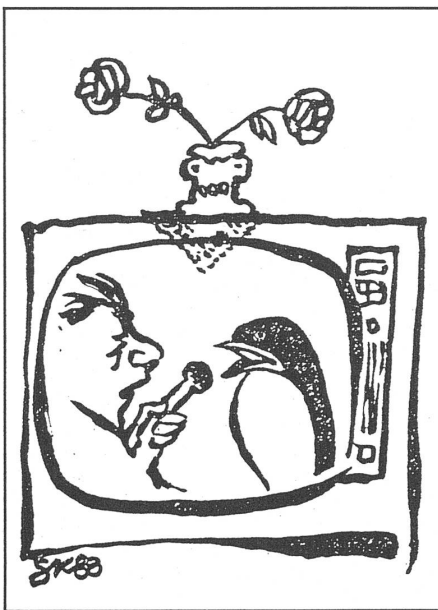
Den Hintergrund bildete die Streikwelle in verschiedenen Städten des Landes. Lech Walesa, der Vorsitzende der ebenso verbotenen wie aktiven Gewerkschaft Solidarnosc, nannte den Streik «das einzige Mittel, das den Arbeitern zur Verfügung steht, um die Regierung zu einer neuen und sozial orientierten Wirtschaftspolitik zu veranlassen». Unter diesem Motto ging anfangs Mai die Streikwelle über das Land.

Im Zeichen der Solidarität mit den Stahlarbeitern von Nowa Huta begann am 2. Mai der Besetzungstreik in der Danziger Leninwerft. Gefordert wurden einerseits Lohnerhöhungen und andererseits - ein eindeutig politisches Begehren - die Zulassung der Gewerkschaft Solidarnosc.

Alles, was in dieser Werft geschieht, hat für die Polen im ganzen Land einen starken Symbolcharakter. Sie war 1980 die Wiege der Solidarnosc und damit eigentlich der gesamten Arbeiterbewegung gewesen, die damals das Land ergriff. Lech Walesa arbeitet dort als Elektriker und war auch dieses Jahr der prominenteste Streikteilnehmer, wiewohl der Ausstand nicht seine Idee gewesen war; als das fait accompli feststand, machte er allerdings solidarisch mit



«Szpilki», Warschau, 28. 4. 1988



«Jawohl, ich bin genau jene Schwalbe, die noch keinen Frühling macht.» («Polityka», Warschau, 7. 5. 1988)

des Sicherheitsdienstes in Zivil auf das Werftgelände ein, um sich die Lösung «mit andern Mitteln» vorzubehalten.

Angesichts der Lage beschloss das Streikkomitee am 10. Mai den Abbruch des Streiks, ein Beschluss, dem die Belegschaft mit gemischten Gefühlen zustimmte.

In einer Hinsicht schlugen die Bemühungen der Behörden immerhin völlig fehl. Die angestrebte Isolierung der Streikenden von der Bevölkerung missriet.

Die Städte Danzig, Sopot und Gdingen waren voll von Flugblättern, welche Solidarität zu den Arbeitern bekundeten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe verkündeten ihre Streikbereitschaft. Einige Flugblätter wandten sich an die Angehörigen der Sicherheitskräfte mit der Aufforderung, einem allfälligen Sturmbeehl den Gehorsam zu verweigern.

**. . . oder zerschlagen**

Auch in Nowa Huta bei Krakau ging der Streik zu Ende, aber dort erst nach gewaltsamen Polizeiaktionen.

Am 5. Mai gingen die Sondereinheiten des Sicherheitsdienstes mit Gewalt gegen die streikenden Stahlarbeiter vor; die Aktion war politisch und militärisch sorgfältig vorbereitet worden.

Am 4. Mai schugen die Behörden selber Verhandlungen vor und luden Mitglieder eines katholischen Intelligenzklub als «Vermittlerdelegation» ein. Das war ein wohlbedachtes Täuschungsmanöver, um die kirchlichen Autoritäten ins Zwielicht zu bringen.

Aber gleich nach der Verhandlungsankündigung begann um 3 Uhr früh vom 5. Mai der Sturm. Ein Panzer walzte das Werk II nieder, und die nachrückenden Truppen schossen

Tränengasgranaten in die Reihen der Arbeiter. Dann kamen Gummiknüppel und Stahlketten zum Einsatz; Streikende wurden niedergeschlagen. Ein paar Leute aus der Soldateska erlaubten sich überdies noch persönliche sadistische Exzesse; so sollen weichgeprügelte Arbeiter gezwungen worden sein, mit ihrem eigenen Blut eine Verpflichtung zur Arbeitswiederaufnahme zu unterschreiben. Die Mitglieder des Streikkomitees wurden verhaftet, mit Ausnahme des Streikführers Andrzej Szczuwaniec, dem die Flucht gelang.

Der Streik hatte als organisierte Aktion ein Ende genommen, aber die reguläre Arbeitsaufnahme fand nur zum Teil statt.

Viele Arbeiter schrieben sich «krank» und traten nicht an. Man holte Stahlarbeiter aus Oberschlesien, aber diese wiederum erwiesen sich zum Teil als «unfähig», die Maschinen zu bedienen, eine indirekte Form der Verweigerung.

Die brutale Aktion der Sicherheitsdienstkräfte löste weitherum sichtbare Empörung aus. In Krakau fand eine Trauermesse statt (von Kardinal Glemp zelebriert, der angesichts der Solidarität des Kirchenvolkes wahrscheinlich nicht gut anders konnte), an der Zehntausende von Gläubigen teilnahmen. Dem schloss sich eine Prozession an, bei der zahlreiche Solidaritäts-transparente mitgetragen wurden.

Zu kürzeren Proteststreiks kam es gleichzeitig an verschiedenen Orten des Landes, desgleichen zu studentischen Aktionen an den Hochschulen. Hilfsaktionen zugunsten von Opfern und Verhafteten sowie deren Familien werden von den Krakauer Studenten organisiert und finden breitere Unterstützung.

Das Regime ist wieder bei dem Punkt angelangt, wo es der Volksbewegung nichts anderes entgegenzusetzen weiss als Gewalt.

*Bohdan Gorski*

**Unsere Meinung**

**Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber manchmal bringt sie sich in Erinnerung.**

Polen gemahnte diesen Mai für kurze Zeit an den Sommer 1980, als nach einer Streikwelle die Solidarnosc-Ära begann. Die jüngste Episode zeigt, dass das Regime nach seiner Gewaltlösung vom Dezember 1981 die Gesellschaft nicht in den Griff bekommen hat. Zudem ist die inzwischen nachdrängende Arbeiteropposition heute radikaler, als es die Solidarnosc gewesen war. Die verpassten Lösungen von damals bieten sich nicht mehr an; sie sind heute zu wenig.

Im vermeintlich beruhigten Ungarn registriert man mit Verblüffung, dass dort Regimekreise selbst den ominösen Vergleich zur Zeit vor 1956 ziehen (siehe S. 4). Es sieht so aus, als ob man heute in Osteuropa dem Druck der Zeit weder mit der restaurativen noch mit der reformerischen Variante zu widerstehen vermöge.

Momentan scheint man mit dem schieren Abwarten à la Tschechoslowakei noch am besten durchzukommen, aber dabei werden die Probleme nicht gelöst, sondern nur gestaut.

Indessen ist es die Gesamtlage, die fundamental anders ist als die Ausgangslage für Ungarn 1956, für die CSSR 1968 oder für Polen 1980. In allen diesen Fällen war der entscheidende Faktor eine massgebliche Sowjetunion, die zur Wiederherstellung ihrer Ordnung willens und fähig war. Heute weiss man in Moskau selbst nicht, was die sowjetkonforme Ordnung zu sein hätte, die wiederherzustellen wäre.

Für das, was die Perestrojka in der Sowjetunion macht oder mit sich bringt, gibt es keine Vorgängersituation.

Vor knapp zwei Jahren noch schienen Vergleiche zur Ära Chruschtschow oder gar zum Prager Frühling eine Nummer zu gross. Heute scheinen sie eher eine Nummer zu klein und vor allem thematisch zu eng, um einen tauglichen Massstab für das Spektrum an Möglichkeiten abzugeben, die sich in der UdSSR auftun.

Wenn es so weitergeht. Das ist der grosse Vorbehalt, nach wie vor. Aber auch er hat an Selbstverständlichkeit verloren. Eine Rückführung in die ungefähr habten Zustände liegt auf dem Wege normaler oder einstmals normaler sowjetischer Machtausübung immer weniger drin. In der zweiten Hälfte des letzten Jahres war es zum Versuch gekommen, die Perestrojka zu redimensionieren, ihr das Potential politischer Veränderungen wegzunehmen und mit einer «übertriebenen» Glasnost aufzuhören. Die Vorstellung dabei war, dass eine auf Mass und Mitte bedachte Parteiführung den Prozess lenken und kontrollieren könne.

Heute sieht es nicht mehr danach aus. Es braucht eine gewaltige Veränderung, um die Veränderungen zu stoppen. *Christian Brügger*

**Bestellschein für ZEITBILD**

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—  
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

10/88

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6